

Anfrage Ineichen Benno und Mit. über die Einführung der eidgenössischen Datenplattform Digiflux

eröffnet am 18. März 2024

Das Bundesparlament wollte im Jahr 2025 auf der Webanwendung Digiflux eine Mitteilungspflicht für den Handel und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Nährstofflieferungen und Kraftfutterlieferungen einführen¹. Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) ist gemäss dem Auftrag des Parlamentes im Rahmen der parlamentarischen Initiative 19.475 an der Umsetzung des Systems Digiflux.

Nun hat das BLW selber festgestellt, dass die Einführung zu kurzfristig angesetzt ist und diverse Fragen für die Anwender und die Datennutzung nicht geklärt sind. Dies auf Stufe Bund, Kanton und Anwender. So ist der Projektstart gemäss der Medienmitteilung vom 8. März 2024 um ein Jahr zurückversetzt worden.

Auf der Plattform müssen der Handel sowie die Landwirtschaft, Infrastruktur- und Grünanlagenbetreibenden einer Mitteilungspflicht nachkommen. Die Kantone erlauben den Datenaustausch mit Digiflux mittels Anbindung und Austausch von Daten. Dies bedingt diverse nicht definierte Schnittstellen zwischen dem Bund, dem Kanton, den Verbrauchern und dem Handel.

Aufgrund dieser Ausgangslage stellen sich diverse Fragen:

1. Für welche kantonalen Dienststellen werden Schnittstellen und Zugriffsrechte für die Anbindung und die Nutzung der Webanwendung Digiflux geschaffen, und wie werden diese geregelt?
2. Wie wird die Cybersicherheit eingeschätzt? Können die kantonalen Dienststellen den Datenschutz für die Anwender garantieren und sind die kantonalen IT-Systeme genügend gegen Cyberattacken gewappnet? Wie beurteilt der kantonale Datenschützer die Problematik «Datenschutz versus Mitteilungspflicht»?
3. Wie hoch schätzt der Regierungsrat die Kosten für die Vernetzung, die Websicherheit und die Datensicherheit ein, und sind diese budgetiert? Wie schätzt der Regierungsrat den zusätzlichen Personalaufwand ein?
4. Das eidgenössische Parlament hat 2021 eine Mitteilungspflicht beschlossen. Die geplante Umsetzung sieht nun diverse Vollzugsanwendungen vor. Wie plant und regelt der Regierungsrat die Abgrenzung zwischen der Meldepflicht und dem Vollzug bei den involvierten Dienststellen und Kontrollstellen. Gibt es eine überkantonale Regelung beziehungsweise Koordination?

¹ <https://digiflux.info/de/>

5. Plant der Regierungsrat beim BLW Einfluss zu nehmen, damit die Anwendung und die Nutzung der Plattform keinen bürokratischen Mehraufwand für alle Nutzer und Anwender bedeutet und die Datensicherheit aller Anwenderstellen nicht gefährdet ist?

Ineichen Benno

Gerber Fritz, Lüthold Angela, Frank Reto, Hodel Thomas Alois, Waldis Martin, Wicki Martin, Raess Cornel, Bossart Rolf, Meyer-Huwylar Sandra, Knecht Willi, Ursprung Jasmin, Schnydrig Monika, Gfeller Thomas, Krummenacher-Feer Marlis, Bucheli Hanspeter, Grüter Thomas, Oehen Thomas, Keller-Bucher Agnes, Rüttimann Bernadette, Arnold Robi, Küng Roland, Müller Guido, Birrer Martin, Amrein Ruedi